

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25291. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Hauptstadtkommandos Dresden und des Schiebesamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25291. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Hauptstadtkommandos Dresden und des Schiebesamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Anzeigenpreis: 1. Zeile Nr. 7: 1000 Mark (10 mm breit) 11.80 Mark. Nachträge nach Stelle 10. Familienanzeigen u. Stellenanzeigen 1000 Mark. 1. Zeile Nr. 7: 1000 Mark. Nachträge nach Stelle 10. Familienanzeigen u. Stellenanzeigen 1000 Mark. 1. Zeile Nr. 7: 1000 Mark. Nachträge nach Stelle 10. Familienanzeigen u. Stellenanzeigen 1000 Mark.

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Moskau schießt „Sachverständige“ nach Prag

Von Kossakow auf dem Wege nach der Tschecho-Slowakei

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Juni.

In den letzten Tagen haben 20 Sowjetrussen, darunter hervorragende Mitglieder der Kominternsektionen, mit dem Reiseziel Prag Warschau passiert. Wie es heißt, hat Moskau außerdem den militärischen und technischen Sachverständigen in Kossakow befohlen, bei weiteren Mißerfolgen der Bolschewisten Kossakow zu verlassen und sich nach der Tschecho-Slowakei zu begeben.

In der Tschecho-Slowakei befindet sich bereits der sowjetische Militärberater des Generals Wlas, des „Versteckten Kossakow“, Goret, der in Prag unter dem Decknamen Golekowitz auftritt. Auch der tschechische Gefolgsorganisation ist bereits ein sowjetischer Verbindungsmann angeteilt worden.

Ferner liegen Anzeichen dafür vor, daß die kommunistische Intervention ihre Tätigkeit auch in Frankreich verstärkt. Anzeichen der großen Mißerfolge der Roten in Spanien ist also offenbar Moskau eingeschlossen, die neue Stützpunkte in Europa zu schaffen oder die alten Stützpunkte weiter auszubauen.

Normalisierung der Verhältnisse unausschießbar

Prag, 15. Juni.

Zu dem Kommuniqué über die Besprechungen, die zwischen Ministerpräsident Dr. Dobia und den Vertretern der Subetendeutschen Partei am Dienstag stattgefunden haben, teilt das Presseamt der Subetendeutschen Partei noch folgende Einzelheiten mit: In der Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Dobia brachten die Vertreter der Subetendeutschen Partei auch die unverständliche und

abwärtige Tendenz, die gegenüber den deutschen Zeitungen gedankhaft wird, zur Sprache, die es unmöglich macht, daß selbst wahrheitsgemäße Berichte unter persönlicher Leitung der Betreffenden und von Abordnungen über Tatsachen und Ereignisse veröffentlicht werden können.

Des weiteren brachten die Vertreter der Subetendeutschen Partei neuerliche Beschwerden über die Fortdauer der anberodendlichen Maßnahmen vor, die auch in Bereichen nicht bebaut wurden, für welche bereits verbindliche Zusagen vorliegen.

Die Normalisierung der Verhältnisse bedeutet eine unausschießbare Notwendigkeit im Interesse des Friedensverkehrs, des freien Handels, der Feldbestellung und der industriellen Produktion. Im besonderen wurden die Kommissare bei den einzelnen Bahnen am veranordneten Sonntag behandelt. Wegen des Verhaltens der Sicherheitsorgane, wie in Wärsch-Schönberg, Grünwald, Wärschdorf, Reichenberg, Trautenau, Reuern, Winterberg, Eisenfeld, wurde nachdrücklich Beschwerde eingeleitet. Schließlich wurde neuerdings die Notwendigkeit der Zahlung von Entschädigungen im Zusammenhang mit den Militärmaßnahmen der letzten Wochen und eine sofortige Klärung der Rechtslage verlangt.

Japaner und Chinesen im Kampf gegen den Gelben Fluß

Kaisung eine Insel im Hochwasser - 200 Meter dicke Deiche gebrochen

Shanghai, 15. Juni.

In Shanghai treffen täglich neue Klammelmeldungen von der Hochwasserkatastrophe am Gelben Fluß ein. Die japanischen Truppen decken im nördlichen Teil der Gouansprovan alle Befestigungsanlagen ein und nehmen dafür, unterstützt von 100 000 chinesischen Bauern, unter Einsatz aller technischen Normationen den Kampf gegen den entsetzlichen Gelben Fluß auf.

Die 1000 Meter hohen und 200 Meter dicken Deiche lassen sich an den Bruchstellen nicht mehr halten, so daß das ausströmende Wasser durch Anlegen neuer Deiche und den Bau von neuen Kanälen gebändigt werden soll. Diese riesige Arbeit vereinigte zum ersten Male Japaner und Chinesen zur Abwehr einer beide gemeinsam bedrohenden Gefahr. Die nationalen Gegensätze sind zum Schweigen gebracht.

Die Hauptstadt von Honan, Kaifeng, die von Mischlingen überflutet ist, gleicht einer hochummauerten Insel im wildbewegten See. Solange die Mauern der Stadt und die mit Sandbänken verarmten Tore dem Wasserdruck standhalten, besteht keine unmittelbare Gefahr. Sehtausende von

Mischlingen, die vor den Fluten so aut wie nicht reiten konnten, sammelten sich an den nicht zerstörten Teilen des Sunahai-Badendamms. Hunderte von Flößen verließen Ertrinkende zu retten. Um die Sicht zu klären hat sich ein riesiger See gebildet, der 600 Quadratkilometer und vier Meter tief ist. In ihm schwimmen unzählige Leichen. Die chinesischen Bauern sind auf der Flucht nach Südoften.

Frankreichs Luftwaffe verläßt

Paris, 15. Juni.

Im „Journal Officiel“, dem amtlichen Gesetzblatt, wurde am Mittwoch die am Dienstag vom Ministerrat verabschiedete Gesetzesverordnung über die Vergrößerung der französischen Luftwaffe veröffentlicht. Sie besagt: Die Gesamtstärke der Luftarmee im künftigen aktiven Dienst zu Friedenszeiten ist vom 1. Juni 1933 an auf 8095 Offiziere und 59 410 Unteroffiziere und Mannschaften festgesetzt. Der letzte Teil der Verordnung bestimmt, daß dem Luftfahrtministerium für das Jahr 1933 in Ergänzung der bereits durch den Haushaltsplan und durch die Sondergesetze zur Verfügung gestellten Kredite neue Kredite in Höhe von 47 545 000 Franken zur Verfügung gestellt werden.

Rossianische Division erhält Waffen aus Frankreich

Neuer Beweis für die französische Einstellung gegenüber der Bolschewistischen

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Juni.

Die italienische Presse befaßt sich in Vortirzeln mit einem skandalösen Fall französischer Einmischung für Kossakow. Neben anderen Blättern weist „Gloriosa d'Italia“ darauf hin, daß die abgeprengte rossianische 68. Division sich auf den Vordemspalten nahe der französischen Grenze eingeordnet habe und von dort aus neuerdings die operierenden nationalen Truppen bedrohe. Diese abgeprengte Division habe in der letzten Woche von französischem Boden aus reichliche Waffen- und Munitionszufuhren erhalten. Französischerseits sei dieser Grenzabschnitt, um das Schmuggeln zu erleichtern, sogar von dem dort aufgestellten französischen Truppenkommando entblößt worden. Die offizielle Verantwortung Frankreichs für diesen Skandal kann, wie die italienischen Blätter schreiben, auch nicht mit der Nebenhand abgelegt werden, daß diese Waffenzufuhren von französischen Kommunisten organisiert wurden. Der „Kommandeur“ der 102. rossianischen Brigade, die zu der erwähnten 68. Division gehört, ist mit vier „Offizieren“ und 80 Mann bei Kossakow über die französisch-rossianische Grenze gezogen. Auch am Mitt-

woch sind wieder durch den Gellapah 80 Verwundete und 81 Zivilistkillinge auf französisches Gebiet übergetreten.

Frankreichs Sorgen in der spanischen Frage

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Paris, 15. Juni.

Die französischen Kommunisten haben auf neue einen Angriff unternommen, um die französische Regierung in spanische Abenteuer zu ziehen. Sie verlangen auf jeden Fall noch vor Schluß des Sitzungsbüros der Kammer eine große Kundgebung über die spanische Frage. Sie verlangen weiter von den Sozialisten, daß diese sich der von den Kommunisten eingenommenen Haltung anschließen.

In den Kreisen der französischen Regierung wird man die Frage auf, welche Politik die französische Regierung nun endlich betreiben wolle, die Blüms und seiner kommunistischen Freunde oder die des englischen Ministerpräsidenten Chamberlain. Wenn Frankreich fortjähre, Sowjetspanien Waffen zu liefern, so werde man sich mit den spanischen Nationalisten noch härter verfeinden, die morgen die Grenzen des Landes sein würden, und man werde es mit Italien verderben.

Die Polen im Reich

In Berlin findet gegenwärtig die Internationale Handwerksausstellung statt. In ihr hat jedes Land die Spitzenleistungen seiner handwerklichen Künste beigetragen. So auch Polen. Aber unser östlicher Nachbar begnügt sich nicht damit, das Können seiner gegenwärtigen Generation zu zeigen. Er greift auch zurück in die Vergangenheit. Und fürwahr — da finden sich prächtige Zeugnisse aller polnischen Handwerkskunst. Mitten darunter aber hängt auch eine Photographie. Sie zeigt den berühmten Künstler der Krakauer Marienkirche und gibt, wie es der Wahrheit entspricht, Weitz als seinen Schöpfer an. Trotzdem stimmt hier weiter nicht: Erkens kann man das herrliche Kunstwerk des Krakauer Marienaltars nur schwerlich als ein Erzeugnis des Handwerks bezeichnen; es ist eben nicht Handwerk, sondern Kunstwerk. Zweitens jedoch, und das ist in unserem Falle entscheidend, steht zwar dieser vielbewunderte Marienaltar auch heute noch in Krakau; aber sein Meister Weitz ist kein Pole, sondern ein Deutscher. Das ist allgemein bekannt und sogar urkundlich belegt. Sieht doch in den Akten, in denen der Krakauer Stadtschreiber 1477 den Zugang des jungen Künstlers aus Nürnberg amtlich niederkat, deutlich und unmissverständlich zu lesen: „Meister Weitz, ein Deutscher aus Nürnberg.“ Der Näheres wissen wir, lese in jeder Kunstgeschichte aber auch im Konversationslexikon nach. Unklarheit über die polnische Zugehörigkeit Weitz Stohens kann danach nur auf der Seite der Polen liegen, die ja auch — ein Parallellfall — den ebenso etwamodig frei als Deutschen legitimierten Astronomen Nikolaus Copernicus für sich in Anspruch zu nehmen belieben. Auf der Pariser Weltausstellung ergab sich daraus bekanntlich der seltsame Zustand, daß sowohl im deutschen wie im polnischen Pavillon eine Büste des Copernicus aufgestellt war. Aber der Fall Weitz Stoh ist fast noch peinlicher. Denn es spielt ja nicht auf „neutralem“, ausländischem Boden, sondern in Berlin selbst.

Betrachtet man dies und jenes und noch manches andere, so wird man den Eindruck nicht los, daß es gewisse polnische Stellen — ganz entgegen dem Sinne und der Absicht des deutsch-polnischen Abkommens vom Jahre 1884 und im vollen Gegensatz auch zur amtlichen polnischen Politik — bemüht sind auf anzulegen, die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau oder doch wenigstens zwischen den beiden benachbarten Völkern zu trüben und zu komplizieren. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man in diesen Tagen gewisse polnische Setzungen durchblättert. Obwohl man auch in Polen genau weiß, daß die deutsche Bedingung für ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn immer und in jedem Falle die anständige Behandlung der deutschen Volksgruppen im fremden Staats ist, steht diese polnische Presse neuerdings die eigenen Behörden auf, noch härter als bisher gegen die Deutschen in Polen vorzugehen. Als Grund dafür gibt sie die angeblich schlechte Behandlung der kleinen polnischen Minderheit, die trotz der Verfassungsgrenzziehung beim Reich verblieben ist, durch die deutschen Behörden an. Diese Meinung wiederum stützt sich auf eine Eingabe, die der Bund der Polen in Deutschland vor kurzem in Berlin überreicht hat.

Man muß zunächst die Vorgeschichte dieser Eingabe kennen: Die deutsche Volksgruppe in Polen hat, seitdem Mitte Juli vorigen Jahres die Bestimmungen der Genfer Konvention nach 15jähriger Gültigkeit außer Kraft getreten sind, einen noch schwereren Daseinskampf zu bestehen, als schon vor dem. Die Entlassungen deutscher Arbeiter und Angehöriger, die Entregungen deutschen Bodens, die Forderungen deutschen kulturellen Lebens in allen seinen Zweigen haben sich seitdem verdoppelt und verdreifacht. Die deutsche Presse in Polen heizt also in letzter Zeit mehr als genügend Anlaß, auf die zunehmenden Mängel und Unzulänglichkeiten in der polnischen Minderheitenpolitik hinzuweisen, und auch die deutschen Senatoren Wlesner und Kasbach konnten ihre Beschwerden vor dem polnischen Senat reichlich mit Belegen unterstücken. Während aber die berechtigten deutschen Klagen von der chauvinistischen Presse in Polen überhaupt nicht beachtet oder nur zum Anlaß eines neuen Beschuldigungsgenommen wurden, ständige das Organ des Polenbundes im Reich damals großsprecherisch an, nun auch seinerseits „nicht länges schweigen zu wollen“. Und die Eingabe, die der Bund jetzt an die zuständigen Berliner Stellen gerichtet hat, stellt nun diese „Antwort“ dar.

Eins muß man vorwegnehmen: Die deutschen Beschwerden konnten sich regelmäßig auf die in einzelne gegliederte tatsächliche Angaben beziehen. Die umfangreiche polnische Eingabe dagegen stellt ein Sammelsurium von 1000 allgemein gehaltenen Vorwürfen dar, die nur in wenigen Punkten durch praktische Beispiele erläutert, in diesen Fällen aber wiederum falsch oder unzureichend begründet werden, so daß der zweifelhafte Versuch, das Bild einer polnischen „Tragödie“ zu entwerfen, von vornherein jedes tatsächlichen Untergrundes entbehrt und deshalb in sich zusammenfällt.

Da finden wir zum Beispiel in der Eingabe folgende Klage: „Den polnischen Abiturienten ist die Auswahl der